

Politische Bildung: Berufsschulen schneiden im Vergleich schlechter ab

Bielefelder Forscher erstellen bundesweites Ranking auch für Berufsschulen

Bericht: Universität Bielefeld

Wie ändert sich für Schüler*innen der Stellenwert politischer Bildung beim Wechsel in die Berufsschule? Mit dieser Frage beschäftigen sich Mahir Gökbudak, Professor Dr. Reinhold Hedtke und Professor Dr. Udo Hagedorn von der Universität Bielefeld in ihrem 4. Ranking Politische Bildung, das am 11.06.2021 erschienen ist. Das Ergebnis: In elf deutschen Bundesländern sind für den Politikunterricht an Berufsschulen weniger Zeitanteile vorgesehen als in der Sekundarstufe I allgemeinbildender Schulen. Dabei verringert sich der Anteil politischer Bildung im Stundenplan im schlechtesten Fall um mehr als die Hälfte.

Seit 2018 vergleicht die Bielefelder Studie jährlich, wie viel politische Bildung Schüler*innen der Sekundarstufe I in allen Bundesländern erhalten. Für das aktuelle Ranking ermitteln die Bielefelder Forscher erstmalig auch Daten für die Berufsschule.

„Berufsschulen haben eine hohe Bedeutung für die politische Bildung Jugendlicher und junger Erwachsener – und damit nicht zuletzt auch für die Sicherung der Demokratie. Nicht nur werden sie von wesentlich mehr Lernenden besucht als das allgemeinbildende Gymnasium. Politik spielt im Alltag von Auszubildenden auch eine große Rolle. In dieser Altersphase – etwa zwischen 16 und 20 Jahren – entwickeln sie ein politisches Bewusstsein und erproben als Wahlberechtigte erstmals ihre Möglichkeiten, selbst politisch Einfluss zu nehmen.“, sagt Studienautor Mahir Gökbudak. Gemeinsam mit seinen Kollegen Professor Dr. Reinhold Hedtke und Professor Dr. Udo Hagedorn analysierte er für das diesjährige Ranking erneut Stundentafeln – dieses Mal nicht nur der Sekundarstufe I in allgemeinbildenden Schulen, sondern erstmals auch von Berufsschulen in allen Bundesländern.

Die Ergebnisse der Studie zeigen: Das Potenzial beruflicher politischer Bildung wird wenig genutzt. Demnach nimmt in 14 Bundesländern das Leitfach der politischen Bildung einen Anteil von 1,7 Prozent an der gesamten Ausbildungszeit ein. Das entspricht durchschnittlich einer Schulstunde pro Woche.

Aber der Vergleich mit den allgemeinbildenden Schulen der Sekundarstufe I zeigt, dass in knapp drei Viertel der Bundesländer politisches Lernen an Berufsschulen einen geringeren Anteil an der gesamten Lernzeit hat als in der Herkunftsschule. „In beruflichen und in allge-

meinbildenden Schulen ist das Recht auf politische Bildung sehr unterschiedlich realisiert.“, so Gökbudak. „Von einer Gleichwertigkeit der politischen Bildung in Schulformen und Bundesländern kann keine Rede sein.“

Bei dreijährigen Ausbildungsgängen nähern sich lediglich sechs Bundesländer dem Stand der Sekundarstufe I an oder gehen leicht darüber hinaus. Am schlechtesten schneiden Nordrhein-Westfalen, Berlin und das Saarland ab: Hier verringert sich der Zeitanteil Politischer Bildung um ungefähr die Hälfte. Ähnliche oder niedrigere Werte ergeben sich für dreieinhalbjährige Ausbildungsgänge. „Wir gehen davon aus, dass in der schulischen Realität politische Bildung sogar noch weniger Zeit eingeräumt wird – sei es, weil der Politikunterricht ausfällt oder für andere Zwecke verwendet wird.“, erklärt Professor Dr. Reinhold Hedtke. „Aus unserer Sicht ist das ein schwerer bildungs- und demokratiepolitischer Fehler.“

Über einen Zeitraum von 14 Jahren ermittelten die Bielefelder Forscher außerdem, ob und in welchem Umfang ausgebildete Fachlehrkräfte für den Politikunterricht in der Sekundarstufe I eingesetzt werden. „Das Fachlichkeitsniveau ist ein wichtiger Anhaltspunkt, um die Qualität des Unterrichts zu beurteilen.“, so Hedtke. „Fachlich ausgebildete Lehrkräfte erkennen zum Beispiel Verständnisschwierigkeiten der Lernenden leichter und gehen souveräner mit Unterrichtsinhalten um.“ Für das exemplarisch untersuchte Bundesland Nordrhein-Westfalen zeigt die Fallstudie, dass die Fächer der politischen Bildung nur unzureichend mit Fachlehrkräften versorgt werden. Dabei zeichne sich in der Gegenüberstellung ein deutliches Gefälle zwischen Gymnasien, Real- und Gesamtschulen sowie Hauptschulen ab. „Die schlechte Personalsituation im Vergleich zu anderen Schulfächern ist auffällig“, sagt Professor Dr. Reinhold Hedtke. „Vieles spricht dafür, dass die Lage in den meisten anderen Bundesländern ähnlich ist.“

Im Ländervergleich allgemeinbildender Schulen der Sekundarstufe I gehören Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und Hessen erneut zu den Spitzenreitern im Ranking für 2020. Alle drei Bundesländer gewähren politischer Bildung im Ländervergleich viel Unterrichtszeit. Auch bei der zeitlichen Platzierung und Kontinuität politischer Bildung liegen sie vorne. Wie auch im Vorjahr schneiden Bayern, Thüringen und Rheinland-Pfalz im aktuellen Ranking am schlechtesten ab.

Neu am aktuellen Ranking ist die Erfassung der wöchentlichen Lern- und persönlichen Redezeit, die Schüler*innen der Sekundarstufe I im Fach politische Bildung durchschnittlich zur Verfügung stehen. Die Analyse zeigt: Schüler*innen haben während ihrer gesamten Schulzeit lediglich zwischen 12 und 139 an gymnasialen und zwischen 24 und 133 Minuten an nicht-gymnasialen Schulformen für den politischen Austausch. „Das reicht nicht, um Kompetenzen in der politischen Kommunikation oder eine eigene politische Position zu entwickeln.“, so Hedtke.

„Trotz dieser Defizite sehen wir aber, dass unsere Rankings öffentliche Diskussionen anstoßen – auch auf Ebene der Bildungspolitik. Das hat in einigen Ländern schon zu Verbesserun-

gen geführt: Berlin, Nordrhein-Westfalen und Sachsen haben zum Beispiel den Anteil Politischer Bildung am Gesamtunterricht erhöht. Sachsen zog zudem den Beginn des Politikunterrichts an Oberschulen und Gymnasien auf Klasse 7 vor.

Originalpublikation:

<https://pub.uni-bielefeld.de/download/2955456/2955457/>
[Ranking Politische Bildung 2020.pdf](#)

11.06.2021 11:01

Sandra Sieraad

Medien und News

Universität Bielefeld

Quelle:

www.idw-online.de

www.uni-bielefeld.de